

## **Diplomfeier Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, 17. April 2009**

### **Festansprache**

**Silvia Schenker, Sozialarbeiterin, Nationalrätin BS**

#### **Sozialarbeit ist politische Arbeit**

Ich bin ein politischer Mensch, das überrascht Sie nicht sonderlich, liebe Diplomandinnen und Diplomanden, meine verehrten Damen und Herren, und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Sie alle ebenfalls politische Menschen sind. Denn der Beruf, den Sie gelernt haben, die Soziale Arbeit, ist ausserordentlich politisch. Mehr als irgend ein anderer Beruf.

Ich behaupte sogar: Sozialarbeit ist Politik, nicht einfach Sozialpolitik, sondern Politik, die einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, dass unser Staat ein sozialer Rechtsstaat ist. Denn unser Rechtsstaat, unsere demokratischen Werte, gründen auf der Losung der französischen Revolution, die da hiess: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Wenn wir diese zweite Forderung, die Forderung nach Gleichheit, ernst nehmen, dann ist umschrieben was Sozialarbeit und Politik miteinander verbindet: die Forderung nach Gleichheit. Mit Gleichheit meine ich nicht absolute Gleichheit, aber Gleichheit der Chancen. Das ist kein sozialromantischer Kitsch und auch kein philosophisches Abheben, sondern etwas ganz Konkretes, Handfestes; kurz: die Schaffung von Chancengleichheit ist Politik und Sozialarbeit zugleich.

Vor Ihnen steht eine Politikerin, aber auch eine Berufskollegin – ich kann also aus der Praxis der Sozialen Arbeit und der Politik sprechen.

Was ist also Soziale Arbeit?

Ich wähle diesen Sammelbegriff, damit Sie sich alle von meinen Ausführungen angesprochen fühlen, unabhängig davon, welchen Abschluss Sie gemacht haben oder welche Funktion Sie konkret haben.

Soziale Arbeit ist nicht nur einer älteren Frau, die jahrelang von ihrer zu kleinen Rente gelebt hat, zu erklären, wie und wo sie Ergänzungsleistungen beantragen kann. Das könnte auch eine Sachbearbeiterin oder Administrativkraft tun.

Soziale Arbeit ist, ihr zu vermitteln, dass sie das RECHT auf diese Unterstützung hat und sich nicht dafür zu schämen braucht.

Soziale Arbeit ist nicht nur, beim Aufbau und Betrieb eines Quartierzentrums mitzuhelfen und damit einen Beitrag zur Verbesserung des Zusammenlebens in einem multikulturellen Quartier zu leisten. Soziale Arbeit hilft, dass Gemeinsame der unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen zu betonen. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Soziale Arbeit mit gewaltbetroffenen Frauen in einem Frauenhaus befasst sich nicht nur mit den individuellen Schicksalen der Frauen und Kinder in diesem Frauenhaus, sie zeigt auch auf, welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Frauen und Männer darin unterstützen, miteinander partnerschaftlich und gewaltfrei umzugehen.

Soziale Arbeit ist Arbeit mit Jungen, mit Alten, mit Frauen, mit Männern, mit Randständigen, mit Angepassten, mit Kranken, mit Inländern, mit AusländerInnen, mit Kriminellen, mit Abhängigen. Soziale Arbeit kann alle betreffen und allen zu gute kommen.

Als Sozialarbeitende erfahren Sie viel über die Menschen, mit denen Sie arbeiten. Sie lernen Sorgen und Nöte, Bedürfnisse und Wünsche und Anliegen vieler Menschen kennen. Damit ist eine Verpflichtung verbunden.

Was ist Politik?

Unser politisches System beruht auf dem Engagement vieler Männer und Frauen, die in den verschiedensten Parlamenten oder Exekutiven Einsitz nehmen und sich dort engagieren. In Kommissionen und Arbeitsgruppen werden Gesetze beraten, Budgets durchgekämmt und die Tätigkeit der Behörden beaufsichtigt und kontrolliert. In diesen Gremien prallen unterschiedlichste politische Ansichten aufeinander. Grosse und kleine Parteien, linke und bürgerliche Kräfte sind vertreten. Jede und jeder trägt eigene Erfahrungen und Lebenszusammenhänge in die politische Arbeit hinein. Politik ist oder sollte zumindest sein, ein Aushandlungsprozess mit dem Ziel, Rahmenbedingungen für das Zusammenleben in unserem Land zu definieren. Politik teilt darüberhinaus die knappen –zu knappen – staatlichen Mittel den einzelnen Politikfeldern zu.

Was bei diesem Aushandlungsprozess herauskommt, hängt einerseits von der parteipolitischen Zusammensetzung der Parlamente und Exekutiven ab. Wer mehr Stimmen auf sich und auf seiner Position vereinen kann, gewinnt die Abstimmungen. Was bei diesem Aushandlungsprozess herauskommt, hängt aber auch von den jeweiligen Lebens- und Berufserfahrungen der Politikerinnen und Politiker ab. Gerade weil in der Schweiz das Milizsystem noch fast überall Anwendung findet und darum die meisten Politikerinnen und Politiker neben dem politischen Amt noch einen Beruf ausüben, gilt dies in einem besonderen Mass.

Sie werden schon ahnen, worauf ich hinaus will. Ich versuche Sie zu motivieren, sich aktiv in die Politik einzumischen. Ich bin überzeugt, unsere Gesetze würden anders aussehen, wenn mehr Sozialarbeitende sie mitgestalten würden. Ich bin sicher, politische Entscheide würden eher den Bedürfnissen sozial Benachteiligter entgegenkommen, wenn mehr Sozialarbeitende sich aktiv in die politischen Entscheide einbringen würden.

Aber auch wenn Sie das nicht tun. Wenn Sie „nur“ Soziale Arbeit verrichten, sind Sie politisch tätig. Vorbei sind die Zeiten, in denen Sozialarbeit Fürsorge hiess, reiche Witwen Pflaster auf die Wunden der verarmten Bevölkerung klebten und Suppen an die verwahrlosten Kinder ausschöpften, daneben aber die Ungerechtigkeiten des Systems nicht in Frage stellten.

Sozialarbeit darf nicht der Motivation entspringen, wohlütig sein zu wollen. Das wäre Gutmenschentum, wie das oft von rechtsbürgerlichen Kreisen angemahnt wird. Sozialarbeit bedeutet Unrechtbewusstsein und die Einsicht, dass gesellschaftliches Zusammenleben nur funktionieren kann, wenn Ausgleich geschaffen wird. Immer wird es soziale Ungleichheit geben, aber Chancengleichheit für alle ist ein erstrebenswertes und hoffentlich auch erreichbares Ziel.

Soziale Benachteiligung mildern zu wollen, das muss die Forderung einer Sozialpolitikerin und von Ihnen sein. Nicht aus persönlicher Betroffenheit und nicht weil Sozialarbeitende bessere Menschen sind als andere, nein, aus politischer Einsicht: die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Erfolge unseres Wirtschaftssystems nur von Dauer sind, wenn wir sozialen Ausgleich schaffen.

Die Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat ihn erkämpft – die starken bürgerlichen Kräfte lenkten ein: das Ende des Landesstreiks 1918 markiert den Beginn der Sozialwerke, die es heute zu verteidigen gilt: als Sozialarbeitende und als Politikerin.

Anhand eines konkreten Beispiels aus meinem politischen Tagesgeschäft, kann ich Ihnen aufzeigen, was ich meine:

Die Invalidenversicherung – eine der wichtigsten Stützen unseres Systems der sozialen Sicherheit – ist unter Druck. Die Einnahmen reichen bei weitem nicht aus, die Ausgaben zu decken. Bundesrat und Parlament haben in den letzten Monaten und Jahren, das Invalidenversicherungsgesetz revidiert. Ziel war (oder sollte sein), die Versicherung wieder ins Lot zu bringen.

Was bei diesem Gesetzgebungsprozess heraus kam, ist nur beschränkt praxistauglich. Mit Früherfassung und einem Instrumentarium der sogenannten Frühintervention soll versucht werden, früher und – so hofft man – effizienter eingreifen zu können, wenn Invalidität droht. Auf dem Papier und in den Konzepten liest sich das gut.

Doch wie sieht es in der Praxis aus? Wie viele Leute konnten und können mit diesem System heute zusätzlich wieder in der Arbeitswelt integriert werden und ihren Arbeitsplatz wirklich behalten? Aus meiner Sicht und mit meiner Erfahrung als Sozialarbeiterin, die ich mit psychisch Kranken zu tun habe, hat sich – bis jetzt – wenig geändert. Die ausgabenseitigen Änderungen – wurden jedoch sofort umgesetzt. Mit den entsprechenden finanziellen Konsequenzen für die Betroffenen.

Noch nicht umgesetzt und akut bedroht ist der Teil der Vorlage, der erst in diesem Herbst zur Abstimmung kommen wird, die Vorlage für die Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung. Das Parlament hatte beschlossen, die Mehrwertsteuer befristet während 7 Jahren anzuheben. Diese zusätzlichen Einnahmen sollten dafür sorgen, dass zumindest während dieser befristeten Zeit, Ausgaben und Einnahmen der Invalidenversicherung sich die Waage halten. Damit soll wenigstens für ein paar Jahre Druck von der Versicherung und mit ihr von den Versicherten genommen werden.

Doch was passiert seit ein paar Wochen? Der mühsame errungene politische Kompromiss wird in Frage gestellt. Wirtschaftsverbände und deren Vertreter im Parlament versuchen alles, die Abstimmung zu verschieben oder wenigstens die Inkraftsetzung der Mehrwertsteuererhöhung zu verschieben. Sie haben damit immerhin schon erreicht, dass der Bundesrat den bereits beschlossenen Abstimmungstermin von Mai auf September verlegt hat.

Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn gerade jetzt werden noch nie dagewesene Summen an Steuergeldern dafür aufgewendet, eine einzige

notleidende Bank vor dem Kollaps zu retten, weil deren Management katastrophal versagt hat. Die Sanierung einer schon seit Jahren notleidenden Sozialversicherung hingegen wird von den gleichen Kreisen auf die lange Bank geschoben, welche über Jahrzehnte einer freien und möglichst wenig regulierten Marktwirtschaft das Wort redeten. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin nicht gegen die Rettung der UBS, aber die Sanierung der IV wird es nun unglaublich schwer haben, an der Urne eine Mehrheit zu finden. Erschwerend kommt dazu, dass eine Mehrheit der Kantone der Vorlage ebenfalls zustimmen muss, da es um eine Verfassungsänderung geht.

Sie sehen also, die Sie entweder schon irgendwo Soziale Arbeit verrichten oder – so hoffe ich für Sie – demnächst eine entsprechende Stelle finden werden – Sie sind in ihrer Arbeit unmittelbar von politischen Entscheiden betroffen. Sie sind deshalb aufgerufen, Stellung zu beziehen: einerseits als Staatsbürger/in, aber auch – und das ist hier zentral – als Interessensgruppe: Denn Sie werden die Konsequenzen des Abstimmungsausgangs ganz konkret in ihrem Berufsalltag spüren, – ob Sie wollen oder nicht. Beziehen Sie also Position: denken Sie politisch und handeln Sie professionell.

Ich möchte Sie ermuntern, auf zwei Beinen zu stehen und zu gehen. Auf einem sozialen und auf einem politischen Bein. Das hilft nicht nur Ihrer Balance, sondern verhilft auch der Sicherung der Sozialwerke in diesem Land und damit der Stabilisierung unseres demokratischen Systems. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass wir dies in den nächsten Jahren mehr denn je nötig haben werden – Wirtschaftskrisen, auch das hat uns die Geschichte gelehrt, führen zu sozialer Instabilität. Als Politikerin, als Sozialarbeiterin und als überzeugte Demokratin setze ich mich für den sozialen Ausgleich ein. Weil ich mich den Menschenrechten verpflichtet fühle, weil ich will, dass wir in einem sozialen Rechtsstaat leben und weil mir der soziale Frieden in unserem Land sehr viel bedeutet.

Sie haben Ihre Ausbildung geschafft und abgeschlossen. Sie haben viel Zeit und Kraft dafür eingesetzt. Ihr Einsatz hat sich gelohnt. Dazu gratuliere ich Ihnen ganz herzlich. Sie dürfen stolz auf sich sein. Heute ist feiern angesagt. Heute stehen Sie und Ihre Leistung im Mittelpunkt.

Morgen geht die Arbeit aber weiter, die soziale und die politische. Es gibt noch sehr viel zu tun. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement.